

Rechtswahl Schramm. Laut diesem Vertrag ist Ludendorff Vertrauensmann, der über die Verwendung der Gelder keine Rechenschaft abzulegen braucht. Ludendorffs Sohn war An-
gestellter der „Gesellschaft 164“ und Ludendorffs Strohmann
Rienhardt, Referendar (in München natürlich), Firmenträger, juristi-
scher Leiter und schließlich verantwortlicher Geschäftsfüh-
rer. Trotzdem sitzt Rienhardt nicht auf der Anklagebank,
sondern ist Zeuge! Und Ludendorff ist völlig unbehelligt! Tau-
send behauptet, er habe nur im Laboratorium gearbeitet. Die
Geschäftsführung habe Rienhardt besorgt. Man kann sich leicht
vorstellen, wie in München „gezogen“ wird. Tausend nicht. Nach
langem hin und her glaubt er, daß Ludendorff es wissen müsse.
Die Mitarbeiter seien aus Ludendorffs engstem politischen Kreise
ausgewählt, der Völkische Kurier sei finanziert, die hinter Luden-
dorff stehende politische Richtung habe wahrscheinlich das Geld
bekommen. Wahrscheinlich? Wohl nicht sehr. Aber ein guter
Trick ist das. Er sollte in Moskau bekannt werden. Merkt euch
das, ihr Lattensauger und Knackerfratzen, behauptet sich, wenn
ihr gefaßt werdet, ihr seid politisch und habt eurer „Richtung“
was abzugeben.

Aber, aber! Exzellenz Ludendorff wurde Tausend als Treu-
händer empfohlen — von der „Reichsanleihe“. Also von der
Reichsregierung! Und dann, am 24. Oktober 1925, machte Luden-
dorff den Vertrag.

Nicht deshalb verdient der Alchimist Milde, weil er soviel
geldgierige Narren kuriert hat, sondern weil er so hohe Gönner
hat.

Der „Goldmacher“ hat seine Wissenschaft übrigens, wie
er aussagt, aus Büchern gelernt. „Oman so habe ich es ausge-
führt, wie ich es gelesen habe.“ Ja also. Die Sache kann nicht
schwer sein. Ein Universalgenie ist der Mann. Aus den Büchern
wurde er Meister in der Herstellung eines blutstillenden Mittels,
der Verwandlung von Kochsalz in Morphium, eines Zinkstapels
und Reinigungsfahrens, eines Verfahrens, das Getreide schnell-
er wachsen zu lassen, eines Geheimverfahrens zur Herstellung
von Meisterei, der Verwandlung von Lehm in Aluminium, ein-
er gegen Maul- und Klauenseuche gegen Pflanzenschädlinge, zur
Herstellung künstlicher Edelsteine, eines künstlichen Düngemittels
usw. usw. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob er, Tausend,
nicht auch behauptet habe, er habe die Quadratur des Kreises
gelöst, antwortete er, das kann schon sein. Die Goldmacher
wurde so ganz nebenbei entdeckt. Sie funktionierten nie vor
kritischen Zeugen, immer vor Zeugen aus dem Umkreise Luden-
dorffs. Der Sieger des Weltkrieges scheint der Magier zu sein.
Und darauf kamen Gelder. Ein Hüttenmann in Oester-
reich bot gleich seinen Hochofen mit 600.000 Tonnen Jahres-
leistung! An Gold würde das die Kleinigkeit von 2.400.000 Mil-
lionen Goldmark bedeuten. Wenn schon, denn schon, dachte
ein Fabrikant in Sachsen und besaß noch dazu ein
Man zog es aber vor, das Domizil der Gesellschaft nach Frei-
burg in Sachsen zu verlegen. Vielleicht fürchtete man, daß über-
irdisch der Platz zum Lagern fehlen würde. In Freiburg ist
nämlich die Erde ausgebaut, Bergwerke. Wo man
die Goldfabrik ist, das weigert sich der Meister zu sagen. Eben-
falls verzieht er seine Theorie nicht. Das ist verständlich. „Ni-
gends wird soviel gestohlen als in der Chemie.“ Nur das die
ganze chemische Wissenschaft falsch ist, bekundet der „Meister“,
wie ihn seine Geldgeber anredeten, die alle vor ihm (d. h. vor
dem erwarteten Golde) stramm standen, wie sie vor Gericht
beständen. Rechtsanwalt Bucke-München (aus dem Kreise Lu-
dendorffs natürlich) verzichtete auf jede Kontrolle, weil der
Meister „so wunderbare Christaugen“ hatte.

Beachtenswert am dem Prozeß ist wohl weniger die Resen-
dumtheit jener, die ihr Geld sehr leicht durch Arbeiterausbeu-
tung verdienen. Ob der Tausend Schieber oder Geschobener
ist, oder Komplize, das ist auch unwichtig. Wichtiger ist schon
die engere Umgebung Sr. Exzellenz, die alles glaubte, die bei
jedem Experimente nur acht solcher Fälle behandelt. In
Republik noch zu beklagen gibt, wo Millionen von Proletariern
in dem Dreck dieser „Ordnung“ vegetieren müssen.

„Hinweis an den Staatsanwalt“

Der preußische Justizminister Dr. Schmidt hat an alle Staats-
anwaltschaften die Aufforderung gerichtet, die durch Wort,
Druck oder Schrift gegen den Staat und seine Organe gerichteten
Beleidigungen mit dem ihrer Bedeutung für das öffentliche
Leben entsprechenden Nachdruck und mit größter Beschleunigung
zu bekämpfen.

Das ist die Ankündigung einer verschärften Terrorwelt
gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Noch zumal bei dieser
reaktionären Blüte von Staatsanwälten. Wir wollen nur dazu
erinnern, was geschah vor dem Hund gekommen. In der
Republik noch zu beklagen gibt, wo Millionen von Proletariern
in dem Dreck dieser „Ordnung“ vegetieren müssen.

Überall wird der Imperialismus

Nach Indien in Indochina.

Nachdem der englische Imperialismus in Indien erst kürz-
lich vier Textilarbeiter von Calcutta abgebracht hat, ahmt
ihn jetzt der französische Imperialismus in Indochina nach.

Die Beförderungszustände in Ha-Doung (Tonkin) hat die
Revision der Todesurteile gegen fünf Revolutionäre absteht.
Gegenwärtig befinden sich in Indochina 86 Revolutionäre,
die die Revision ihrer Todesurteile erwarten. Bis jetzt haben
die zuständigen Behörden nur acht solcher Fälle behandelt. In
allen acht Fällen wurde die Revision abgelehnt. 78 Fälle
schweben noch; d. h. 78 Revolutionäre sind mit der Hinrich-
tung bedroht. Die acht anderen sollen dieser Tage noch —
wenn es nicht schon geschehen ist — hingerichtet werden.

Mit brutalsten Terror macht sich der internationale Im-
perialismus die erwachsenen Kolonialsklaven untertan. In
Genf aber sitzen die kapitalistischen Friedenslügen — reprä-
sentiert durch die Friedenskommission — und veranstalten
ein Flötenkonzert über „Abrüstung und Frieden“. Ein Mani-
fest an die „Völker“ Europas wird erlassen, um den „Frieden“
zu sichern. Aber dieser Terror zogen die Kolonialsklaven zer-
reißt dieses Friedensgeschrei der imperialistischen Diplomaten
als eine große Lüge. Hinter dieser Lüge verbirgt sich nur das
Anstreben der einzelnen Imperialisten, um eines
schönen Tages das „Friedensmanifester“ in Fetzen zu zer-
lassen, wo die Welt im Interesse des Profits erneut in ein
Pulverfaß verwandelt wird.

Schismenepidemie

Die Krisenwirkung in Japan.

Japan ist das jüngste durchindustrialisierte kapitalistische
Land. Es ist in einigen Jahrzehnten vor dem Kriege von dem
Niveau Chinas zum modernen Wirtschaftsstaat emporgestiegen.
Das kleine Land mit dem großen chinesisches Riesenterritorium
vor der Tür hat sich in den Aussicht auf diese ständigen Absatz-
verhältnisse dermaßen mit Maschinen vollgepflanzt und die
Menschen von der Schule entzogen, daß die Wirtschaftskrise
dort den denkbar günstigsten Boden vorfindet für die Ver-
schiebung von Menschleben. Die Schismenepidemie ergrasste
noch schlimmer als in der resetzten deutschen demokratischen
Republik.

Ganze Familien entschließen sich so zum Sprunge ins
Nichts. In Soma z. B. hat sich eine sechsköpfige Familie auf-
gehängt, in einem anderen Bezirk entschlossen sich sogar drei

Aus der Wirtschaft Arbeitslosigkeit und Doppelverdiener

Die Arbeitslosigkeit ist ein zwangsläufiges Produkt der kapitalistischen Warenwirtschaft. In der Epoche kapitalistischer Auf-
wärtsentwicklung mit ihren periodisch auftretenden Krisen ist
auch sie eine periodische Erscheinung. Die Krise ist kein Uebel
des Kapitalismus, sondern gehört zu ihm wie die Konjunktur.
Ihre Ursachen liegen in den Widersprüchen zwischen Produktion
und Austausch. Der auf dem Weltmarkt angesammelte Waren-
bestand findet keinen Absatz, die Produktion stockt, die Arbeiter
fliegen auf die Straße. Die Überwindung der Krisen vollzieht
sich früher folgendermaßen: Die kleinen, schwächeren Unter-
nehmungen gehen bankrott und werden von dem Großkapital
aufgekauft. Die wachsende Absatzstockung führt zu einer Senkung
der Preise. Der Warenmarkt fließt langsam ab. Auf der
Grundlage einer starken Konzentration, Verbesserung des Pro-
duktionsapparats und Steigerung der Produktivität setzt sich
die Wirtschaft, bei gleichzeitiger Markterweiterung erneut wie-
der in Bewegung. Die Arbeitslosen finden in den freimühenden
wieder Beschäftigung.

Im heutigen Monopolkapitalismus ist es anders. Krise und
Arbeitslosigkeit werden zu einer Dauerscheinung. Die Ver-
besserung der Technik macht Millionen Arbeitskräfte überflüssig
und sprengt den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft. Ein
Abfließen auf dem Warenmarkt findet nicht oder sehr langsam
statt, weil die Monopolstellung des Kapitals ein Sinken der
Preise behindert. Dazu kommt noch eine Einschränkung der
Produktion durch Stilllegung von nicht hochprofitierenden, profit-
abwerfenden Unternehmen. Neue Entdeckungen und Erfindungen
werden nicht mehr angewandt, sondern vernichtet. Die Ver-
besserung der Produktion, ehemals ein kulturförderndes Element,
schlingt nun die Monopolkapitalisten in den Strudel des Kapitalis-
mus und zur Niedergangsepoche. Die Reservearmee schwillt
von Jahr zu Jahr an, ohne daß Aussicht auf ihre Beseitigung
besteht. Einige Zahlen mögen uns das illustrieren:

1926	2.549.004
1927	2.536.921
1928	2.545.254
1929	2.850.800
1930	4.357.000
Januar 1931	4.765.000

Die Arbeitslosigkeit als löhndrückender Faktor ist dem Kapital
angenehm, aber auch sehr gefährlich. Auch für die Arbeit-
erklasse birgt sie eine Gefahr. Ein Teil der Arbeitslosen
sinkt als Bodensatz ins Lumpenproletariat nieder, das zu allen
Zeiten schließt sich an die Reihen der Monopolkapitalisten
vernichteten Kleinbürgerlichen Elemente bilden das Re-
servoat des Faschismus. Die Bourgeoisie findet ökonomisch keine
Lösung der Frage. Sie versucht, die Monopolideologie zu be-
einflussen, um sie in Ruhe zu halten. Jedes Mittel ist ihr dazu
recht. Sie leistet allen Quacksalbern bereitwillig Steigbügel-
dienste. Presse und Radio stellt sie ihnen zur Verfügung, um
sich darin auszuleben. Allerdings Fallstricken werden empfoh-
len, um die Arbeitslosigkeit zu mildern und zu beheben. Zu
diesem gehört auch der Kampf gegen die Doppelverdiener.
Der Begriff „Doppelverdiener“ ist sehr dehnbar, man kann ihn
auch anwenden auf Staatspensionäre, Minister z. B., die Direkt-
orenposten bekleiden und 12-15fache Aufsichtsratsmitglie-
der, die nebenbei Reichstagsabgeordnete sind. Will man diesen
die doppelte Existenz nehmen? Nein. Der Begriff ist nur auf
die Arbeiterklasse gerichtet, auch hier ist er sehr dehnbar. Man
kann ihn anwenden auf die Familien, wo Mann, Sohn und Tochter
arbeiten. In den meisten Fällen versteht man unter Doppel-
verdienern die Familien, wo die Ehefrau durch Arbeit zum
Einkommen beiträgt.

Die Geschichte des Kapitalismus kennt, weiß, daß Frauen-
und Kinderarbeit mit das erste Mittel der kapitalistischen
Anwendung der Maschinerie war. Marx sagt auch an einer
Stelle treffend: „Sofern die Maschine Muskelkraft entbehrt
muss, wird sie zur Unterstützung der Muskelkraft und un-
erfahrener Körperentwicklung, aber größerer Geschwindigkeit der
Glieder anzuwenden.“ Die Maschine braucht flinke Finger und
Unternehmer billige Arbeitskräfte. Frauenarbeit wurde so-
mit in eine glänzende Profitquelle des Kapitals. Durch die
Einführung der Maschine griff der Kapitalismus in die „Heilig-
keit“ der Familie ein, und zwang die weiblichen Angehörigen in
seine Dienste. Folgende Zahlen zeigen uns diese Entwicklung.
Von erwerbstätigen Frauen (15-64 Jahre) waren erwerbstätig
1882 44,5, 1895 45,9, 1907 48,7, und 1925 51,5 Prozent.
Der deutsche Kapitalismus holte den Vorsprung des englischen
und französischen Kapitals auf dem Weltmarkt durch Frauen-
arbeit und Heimarbeit.

Während des Krieges drang die Frauenarbeit als ein Mangel
an männlicher Arbeitskraft in Berufsweize ein, die ihr vor-
her nicht offen standen. Auch die verheirateten Kriegserfaren
wurden unter der Drohung, daß man ihnen die Unterstützung
entziehe, gezwungen, sich in den Produktionsprozess einzureihen.
Alles zur Ehre des Profits und zur Rettung des Vaterlandes.
Auch jetzt kann das Kapital diese billige Arbeitskraft nicht ent-
behren, und so dringt die Frauenarbeit immer weiter in den
einzelnen Berufsweizen vor. Nach der Volks- und Berufs-
zählung im Jahre 1925 war die weibliche Arbeitskraft in folgen-
den Berufsweizen tätig: Landwirtschaft 43,3 Proz., Industrie
und Handwerk 25,4 Proz., Handel und Verkehr 13,7 Proz.,
Freie Berufe und Verwaltung 2,5 Proz., Gesundheitswesen 2,6
Prozent und häusliche Dienste 12,5 Proz. An verheirateten
Frauen standen 1925 folgende Gruppen im Erwerbsleben:

als Selbständige	309.200 oder 8,5 Proz.
mithelfende Familienangeh.	2.501.300 „ 68,6 „
Angestellte und Beamte	82.500 „ 2,3 „
Arbeiterinnen	708.100 „ 19,4 „
Hausangestellte	44.200 „ 1,2 „

Die veränderte ökonomisch wichtige Stellung der Frau im
Produktionsprozess brachte auch eine Veränderung ihrer gesell-
schaftlichen Rolle mit sich. Sie ist nicht mehr das Hausmütter-
chen von früher, die des Kesselpfops gehörte und warnen
müßte, bis der Freier kam, um Kindergebärmische zu sein.

Familien gemeinsam durch Gift das Leben zu nehmen. Hier
kamen nicht weniger als 71 Menschen um. Von einer Familie
ward ein geradezu furchtlicher Selbstmord gemeldet. Vater
und Mutter und drei Kinder banden sich mit Stricken anein-
ander, bestiegen einen noch in Tätigkeit befindlichen Vulkan
und ließen sich in die Tiefe durch Erhitzen. So nahmen sich
sittliche Mittel ist das Erklärten der hohen Berge, um
dort — schmerzlos zu erlösen. Selbstverständlich wird in
einem modernen kapitalistischen Lande wie Japan der Selbst-
mord durch Gas, Erhitzen, Erbrechen auf den Schienen usw.
genötigt, wie bei uns. Besonders zahlreich sind auch die Selbst-
morde von Frauen, und zwar findet sich hier eine besonders
große Vorliebe für die Tod durch Erhitzen. So nahmen sich
in einer Stadt in Mitteljapan an einem Tage mehr Frauen das
Leben, als vor einem Jahr im Verlaufe einer Woche. Endlich
liebe die Verzweiflungstimmung, die immer weitere Schichten
erfaßt, auch zu einer Auswirkung der Selbstmordpsychose auf
Liebespaare, die alle Hoffnungen auf einen eigenen Haushalt
zerstört sehen.

sonern sie tritt in ihrer neuen gesellschaftlichen Rolle selbst-
bewußt neben den Mann. Dazu kommt, daß die verheiratete
Frau zum Lohne des Mannes mitverdienen muß. Das Kapital
kalkuliert im Lohn des Mannes die Arbeit der Frau hinzu. Daß
die Bourgeoisie mit diesen Tatsachen rechnet, zeigt ein Artikel
in der Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung. Hier schreibt
Ernst Kahn: „Über die Hälfte aller 15-64jährigen Weiblichen
standen 1925 bereits im Berufe (heute dürften es noch mehr
sein); im Jahre 1925 noch etwa zehn Millionen erwachsene
fähige Frauen nicht erwerbstätig. Hier liegt eine — theoretische —
Reserve für den Fall eines Arbeitsmangels.“

Die Entlassung der verheirateten Frauen hieß die ökonomi-
sche Entwicklung zurückschrauben, ohne das an der Arbeits-
losigkeit etwas geändert wird. Solche Vorschläge sind typisch
kleinbürgerlicher Unfug, der vom Kapital zur ideologischen
Verdummung und zur Verhinderung der Arbeitslosen gegen die
Arbeitenden benutzt wird. Nicht Rückschraubung der kapitalis-
tischen Entwicklung ist Gebot der Stunde, sondern die
Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, ihren Klassengenossen die
Klassenlage zum Bewußtsein zu bringen, um sie recht zu machen
für die Erkenntnis, daß nur der Sturz dieser kapitalistischen
Wirtschaftsordnung und Aufbau der kommunistischen Bedarfs-
wirtschaft eine Lösung der Arbeitslosigkeit bringt.

Weiters von der Lohnrafful

Zwischen den Tarifparteien der Textilindustrie des Glad-
bach-Rebber Bezirks kam nach langen Verhandlungen eine
Vereinbarung zustande, nach der ein Lohnabbau von 5,8 Proz.
entfällt. Das Abkommen läuft bis zum 15. August 1931.

In der Dürener Metallindustrie haben sich die Tarifparteien
vor dem Schlichter für das Rheinland dahin geeinigt, daß die
Handwerkspitzenlöhne von 78 bzw. 81 auf 74 bzw. 72 Pf.
berabgesetzt werden. Das entspricht einem Abbau von 8 Proz.

Am Dienstag ist beim Schlichter nochmals wegen des
Lohnkonfliktes im Berliner Fuhrwerke verhandelt worden.
Die Fuhrherrenunion hatte bekanntlich den Schiedsspruch des
Schlichtungsausschusses, der einen Lohnabbau von durch-
schnittlich 8 Prozent vorsah, abgelehnt, während ihm die Ar-
beiter — schreibt der „Vorwärts“ — trotz „vieler Bedenken“
zustimmt hatten. Vor dem Schlichter, der sich vergebens um
den Abschluß eines Vergleichs bemühte, hielten die Fuhr-
herren hartnäckig an der Forderung fest, die Löhne um 16 Pro-
zent abzuhauen. Der Schlichter hat nun die Verbindlichkeits-
erklärung des Schiedsspruches ausgesprochen. Damit gelten,
rückwirkend ab 17. Januar, die in dem Schiedsspruch festge-
setzten Löhne.

Der Schiedsspruch für die feinkeramische Industrie, der
eine Lohnkürzung um 6 Prozent vorsieht, ist von beiden Par-
teien angenommen worden.

Der Schlichtungsausschuß für das bergische Land hat für
die Heimarbeiter in der Solinger Stahlindustrie einen Schieds-
spruch gefaßt, nach dem vom 1. Februar ab die Löhne für
roströtre Stahlwaren um 6 Prozent gesenkt werden.

Der Schlichter in Dortmund hat den Schiedsspruch für die
rechtsrheinische Textilindustrie vom 30. Dezember 1930, der
den Ecklohn für Arbeiter von 69 auf 64 Pfennig und den für
Arbeiterinnen von 52,5 auf 49 Pfennig senkt, für verbindlich
erklärt. Von diesem Abbau sind 45.000 Arbeiter betroffen.

Aus der Bewegung

Forsl (Lansitz)

Zwecks Gründung einer Ortsgruppe fand hier am 18. Januar
1931 eine Diskussion statt, zu welcher alle ehemaligen Genossen
geladen und erschienen waren. Als Einleitung gab ein Genosse
einen kurzen Überblick über politische und wirtschaftliche
Lage. Die daran anschließende Diskussion, an welcher sich
die Genossen reger beteiligten, behandelte ausführlich die Frage
der Taktik der Partei und Union. Die Genossen verurteilten an
Hand des vorliegenden Materials die Lösung der Kampfgesell-
schaft der „Kampfruf“-Gruppe von der Partei. Die prinzipien-
lose „bewegliche“ Taktik degradiert die „Kampfruf“-Gruppe zu
einer Gewerkschaftsunion, und muß dieselbe zwangsläufig in
den Sumpf des Opportunismus führen. Die heutigen Verhält-
nisse aber erfordern mehr denn je den Zusammenschluß der revo-
lutionären Kräfte auf der Grundlage der Programme der alten
Partei und Union.

Von diesem Standpunkt aus bezeichnen die Genossen den
Kampfruf als „Kampfruf“-Gruppe durch die Zerstückelung der
Kampfgesellschaft mit der Partei beschriften hat, als ein Ver-
weggen am Proletariat, weil dadurch die Schlagkraft der revo-
lutionären Bewegung geschwächt wird.

Wir begrüßen den Schritt der Genossen in Forsl und ihr
eindeutiges Bekenntnis als praktisches Zeugnis für die Konzen-
tration aller revolutionären Kräfte unter den Fahnen der kom-
munistischen Arbeiterbewegung.

Organisatorische Mitteilungen

Reich

Achtung! München, Achtung!

Die Genossen der Ortsgruppe München werden ersucht,
sich unverzüglich an den GHA, respektive RAA zu wenden.
GHA, und RAA.

Ortsgruppe Weidenau.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Vitrovl,
Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Dietz.
Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Izsasont.
Berlin O 17.

12. Jahrg. Nr. 6

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei,
durch die Post oder durch die Buchhandlung für
Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.
Telefon: Oberbaum P 8 7832.

Berlin, 7. Februar 1931

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 62.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

Bei Bezug unter Streifennummer vierteljährlich 2,50 Mark inkl.
Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,25
und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Antifaschistischer Einheitsrummel

Der Kampf gegen den Faschismus ist die Parole, welche
alle Arbeiterorganisationen, gleichgültig ob es sich um politi-
sche, wirtschaftliche, kulturelle oder sportliche Vereinigungen
handelt, beherrscht. Der immer mehr in die Erscheinung tre-
tende Terror der faschistischen Organisationen, insbesondere
der internationalistischen SA, hat zu einer gewissen Einheits-
front sozialdemokratischer, kommunistischer und gewerkschaft-
lich organisierter Arbeiter geführt. Diese Stimmung hat sich
die KPD, zumut gemacht und einen Kampfband gegen den
Faschismus gebildet, der eine sogenannte Dachorganisation bil-
den soll, in der alle proletarisch eingestellten Arbeitnehmer und
auch die antifaschistischen Bürger sich zu gemeinsamem
Kampfe zusammenfinden sollen. Solche Momente der Zümmen-
fassung bilden insbesondere die Begründungsdemonstrationen
bei Ermordungen von Arbeitern durch die Nationalsozialisten.
Charakteristisch ist, daß gerade die SPD, und das
Reichsbanner sich in dieser Richtung besonders betätigt, um
die Arbeiterschaft vergessen zu lassen, daß ihre Minister und
Polizeipräsidenten die Geburtsstunde der faschistischen
Bewegung gewesen sind. Sie haben im Namen der Demokra-
tie die rev. Arbeiterbewegung verfolgt und blutig bekämpft. Sie
haben im Namen der Demokratie ihnen den Polizeischutz für
ihren Aufmarsch auf der Straße, in den Arbeiterquartieren und
in den Versammlungen der Arbeiterschaft gewährt. Sie haben
das Wort vom politischen Rowdytum geprägt.

Wenn man dieses Sammelrummel von Kampfgewalt
gegen den Faschismus und die führende Rolle der Sozialdemo-
kratie in diesem Kampf betrachtet, so ist es verständlich, daß
ein rev. Arbeiter nach dem Grund dieser Einheitsfront forscht.
Um sich Klarheit zu verschaffen, muß er zuerst feststellen, was
überhaupt Faschismus ist. Der Ausdruck Faschismus ist aus
dem Gegensatz zur Demokratie und zwar zur bürgerlichen
Demokratie entstanden. Er ist eine andere Form der Unter-
drückung durch die herrschende Klasse, die die Demokratie als
unterdrückendes Mittel nicht mehr für erforderlich, oder die De-
mokratie für zu frühzeitig eingeführt hält. Der Faschismus ist
also entweder der Ausdruck einer frühkapitalistischen oder einer
spätkapitalistischen Periode eines Landes. Die Diktatur steht so-
wohl am Anfang als auch am Ende einer jeden der Wirtschafts-
ordnungen selbst umwälzenden Epoche. Als der Feudalismus ge-
stürzt und die kapitalistische Ordnung eingeführt wurde, mußte
sie sich ebenfalls auf den Terror gegenüber dem herrschenden
Schichten des Feudalismus stützen. Sie mußte also durch un-
geheuren Zwang aus den Feudalmenten den kapitalistischen
„freien“ Arbeiter machen. Das beste Beispiel ist dafür die
französische Revolution einerseits und die Kämpfe des Kapitals
gegen die Arbeiterschaft in England, wie sie vorbildlich von
Engels geschildert wurden. Dem Feudalismus, dessen Prinzip
es war, nur soviel zu arbeiten, wie er zum Lebensunterhalt
notwendig hatte, mußte die bürgerliche Moral des „Jeden um
zu arbeiten“ beigebracht werden. Dazu diente Arbeitshaus, Ge-
fängnis und Zucht haus. Erst nachdem diese Moral Allgemein-
gut geworden war, konnte die bürgerliche Klasse auch die
Demokratie entfallen. Sie hatte vorher durch ihre bürgerliche
Literatur und Presse der Arbeiterschaft die kapitalistische
Ordnung als notwendige Konsequenz und als einzige Möglich-
keit der Existenz so eingepflegt, daß sie ihr als Ausdruck einer
eindeutigen Logik erschien. Aus dieser Demokratie ent-
stand logisch die Arbeiterschaft zwischen Kapital und
Arbeit, die die Bourgeoisie besonders in den Perioden einer
notwendigen Umstellung des Arbeitsprozesses propagierte und
auch in die Form einer Koalitionspolitik brachte.

Dieser Prozeß läßt sich besonders klar an dem deutschen
Beispiel verfolgen. Das erste Mal benötigte das deutsche Kapital
die Mitarbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften,
als sie die ungeheure Umstellung der deutschen Wirtschaft auf
den Krieg und die damit verbundene Einberufung der Frauen und
der noch nicht und nicht mehr arbeitsfähigen zum aktiven
Kriegsdienst nicht branchen Teile der Arbeiterschaft in den
Produktionsprozess für den Kriegszweck vollzog. Die deutsche
Bourgeoisie benötigte damals die Hände der Kinder, Frauen,
Krippel und Greise. Deshalb wurde im Hilfsdienstgesetz die
Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als Partner aller-

dieses mit kleinster Gewinnbeteiligung zugelassen. Der ver-
lorene Krieg führte zur Unmöglichkeit einer erhöhten Gewinn-
beteiligung. Dies war unumkehrbar erforderlich, als es darauf
ankam, die Arbeiterschaft für den neuen Aufbau der deutschen
Wirtschaft mit der ungeheuren Belastung durch die Repara-
tionsforderungen zu gewinnen. Die Sozialdemokratie und die
Gewerkschaften nahmen auch diese Belastung nicht nur mit
in Kauf, sondern erhoben sie sogar zu einer Fanfare, mit der
sie für „Freiheit und Frieden des deutschen Volkes“ eintraten.
Sie wurden so nicht nur zu Vorkämpfern einer Arbeitsschicht,
sondern auch zu bewußten Verfechtern einer Kompromiss-
politik mit dem die Reparationsforderungen bestimmenden
Entscheidungskapital. Sie kämpften für eine Erfüllungspolitik. Als
dann die Bourgeoisie immer mehr zu einer Sabotage der Er-
füllungspolitik überging, wählten sie sogar als nationalen Grund die Sabo-
tage der Erfüllungspolitik mit. Ihr Ziel war hierbei, sich inner-
halb der staatlichen Machtposition zu behaupten.

Nach dem Zusammenbruch der Erfüllungspolitik durch
den Währungszerfall mußte die deutsche Bourgeoisie wieder
von vorn den Aufbau der deutschen Wirtschaft beginnen. Als
leuchtendes Beispiel für eine beispiellose Akkumulation er-
schien ihr und den Gewerkschaften die Entwicklung des ameri-
kanischen Kapitals auf dem Wege eines ungeheuren sich stei-
gernden und gesteigerten Rationalisierungsprozesses. Die Ra-
tionalisierung sollte nicht nur dem deutschen Kapital den not-
wendigen Profit sichern, sondern auch gleichzeitig die Tilgung
der Reparationslasten nach dem im Dawesplan aufgetauften
Schema dienen. Die Rationalisierung hatte gegenüber allen an-
deren Methoden den ungeheuren Vorteil, daß für die Kom-
kurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht der Besitz und die
Verfügung über die Rohstoffe, sondern der Grad der Rationa-
lisierung entscheidend war. Die Differenz zwischen den Roh-
stoffpreisen, die durch einen Ausfuhrstopp nur in einer minimalen
Höhe beschaffen werden konnte, war verschwindend gegenüber
der Möglichkeit, durch Verbesserung von technischen und orga-
nisationellen Methoden eine Ersparnis von mehreren hundert
Prozent zu erzielen. Die Höhe des Standards des Produktions-
apparates war für die Frage einer Steigerung des Exportes und
damit der Bezahlung der Reparationslasten bzw. der zur
Durchführung der Rationalisierung aufgenommenen Kredite

der exproprierte Mittelstand machte für diese Expropria-
tion den „Marxismus“ verantwortlich weil er mit aller Gewalt
zur Rationalisierung und zur Erfüllungspolitik gedrängt hatte.
Unter „Marxismus“ wurde die Ideologie der SPD und der Ge-
werkschaften verstanden. Wenn sich dieser Mittelstand auch
im Namen des Marxismus gegen die rev. Arbeiter wendete, so
geschah dies deshalb, weil die rev. Arbeiterschaft die kapitalis-
tische Ordnung überhaupt beseitigen will. Im Gegensatz
dazu erstrebte der Mittelstand die Rückkehr zu den Zeiten vor
Einführung der Arbeitsgemeinschaft, als noch die kapitalistische
Entwicklung nicht vom Finanzkapital allein beherrscht war und
noch die Interessen der Landwirtschaft und des Rüstkungs-
kapitals vorherrschten.

Nachdem die deutsche Bourgeoisie mit Hilfe der Sozial-
demokratie und der Gewerkschaften ihr Ziel, die reibungslose
Durchführung der Rationalisierung erreicht hatte, hatte sie
keine Veranlassung mehr, den Weg der Sozialdemokratie und
der Gewerkschaften in der Frage der Erfüllungspolitik zu
gehen. Im Gegenteil betrachtete sie die Belastung durch die
Reparationslasten als eine ungeheure und durch nichts mehr zu
rechtfertigende Beschneidung ihres Profites. Sie brauchte auch
nicht mehr auf die seinen kapitalistischen Aufbau finanzieren-
den kapitalistischen Mächte Rücksicht zu nehmen. Aus diesem
Grunde wendete sie sich sowohl gegen die Sozialdemokratie
und die Gewerkschaften als auch gegen das im Tybrot dik-
tierende ausländische Kapital. Zu diesem Kampfe benutzte sie die
Organ der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, den
exproprierten Mittelstand, der sich in der internationalistischen
Arbeiterpartei organisiert hatte. Sie solidarisierte sich mit den
Zielen dieser Partei und versah dabei geschickt zu verbergen,
daß die Expropriation und die Zustimmung zur Erfüllungspolitik
die Folge der von ihr selbst betriebenen Wirtschaftspolitik ge-
wesen ist und stellt sich als ein Opfer des Marxismus hin.
Dabei geht sie so weit, den Kampf gegen ihren früheren

Vom „Sozialismus“
der „Völkerbetreffenden“
in Macdonalds Reich.

Vor ungefähr Halbdonatstrist tagten in Zürich die Herren
der Internationalen. Dieselben verkündeten in großen Lettern,
daß es die Aufgabe der Arbeiterbewegung aller Länder —
allerdings wie sie sie aufzusen — wäre, sich dem Lohnabbau
und Kürzung der Arbeitslosenunterstützung zu widersetzen. Die
Verkündung ging kaum über die Lippen, da passierte in Eng-
land das Malheur, daß der Macdonald-„Sozialismus“ durch sein
Schatzkanzler den englischen Unternehmerverbänden den
Vorschlag unterbreitete, daß ein Lohnabbau von rund 10 Proz.
vorzunehmen wäre.

Nun meldet die Kunde aus England erreicht: Die von der
Macdonald-Regierung eingesetzte Kommission zur Prüfung der
Frage der Arbeitslosenunterstützung hat Vorschläge ausgear-
beitet, und eine Änderung angenommen, die eine beträchtliche
Kürzung der bisherigen Unterstützungssätze und anderer „Spar-
maßnahmen“ vorsehen. Auf einen Widerspruch innerhalb der
„Arbeiterpartei“ zu dieser Frage erklärte der große „Freund
des Proletariats“ Macdonald: Es konnte eben darauf an, die
„Industrie zu organisieren“ und die „Gesamtfrage der Wirt-
schaft“ zu verbessern.

Also: der Macdonald-„Sozialismus“ ist genau derselbe wie
der „Sozialismus“ der „Völkerbetreffenden“ in Deutschland. Zur
„Ankerhebung der Wirtschaft“ müssen eben die Massen Opfer
bringen.

Der „Sozialismus“ der Macdonald, Naphtali und Co. — das
ist der „Sozialismus“ für die Dummheit, der „Sozialismus“ der
Emporkömmlinge, einer satten Bonzokratie im Kapitalismus